



Amtsblatt der Stadt Landshut

61. Jahrgang Nr. 21

Montag, 30. Juli 2018

Einzelpreis 1,75 €

INHALTSVERZEICHNIS: Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung) vom 27.07.2018; Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Landshut; Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Landshut; Frühjahrs-/Bartlmädukt 2019 – Jetzt bewerben! Vollzug des BauGB; Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit Deckblatt Nr. 51 im Bereich „Nördlich Wolfgangssiedlung – westlich Altdorfer Straße“; Vollzug des BauGB; Änderung des Bebauungsplanes Nr. 03-8 „Nördlich Wolfgangssiedlung – westlich Altdorfer Straße“ vom 13.11.1998 i.d.F. vom 22.10.1999 – rechtsverbindlich seit 20.12.1999 – durch Deckblatt Nr. 5 vom 28.09.2017; Vollzug des BauGB; Fortschreibung des seit 03.07.2006 wirksamen Flächennutzungsplanes und Landschaftsplanes der Stadt Landshut mit Deckblatt Nr. 54 vom 15.12.2017 i.d.F. vom 29.06.2018 im Bereich „Östlich der Autobahn A92 – südlich der Bahnlinie München - Landshut“; Vollzug des BauGB; Vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 07-88 „Frauenberg – Ortskern West“ vom 06.07.1984 i.d.F. vom 20.09.1985 – rechtsverbindlich seit 22.12.1986 – durch Deckblatt Nr. 1; Vollzug des BauGB; Vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 07-88 „Frauenberg – Ortskern West“ vom 06.07.1984 i.d.F. vom 20.09.1985 – rechtsverbindlich seit 22.12.1986 – durch Deckblatt Nr. 1; Vollzug des BauGB; Vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 05-33/1 „Zwischen Konrad-Adenauer-Straße und Masurenweg“ vom 24.01.1992 i.d.F. vom 15.11.1996 – rechtsverbindlich seit 28.08.1997 – durch Deckblatt Nr. 2; Vollzug des BauGB; Vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 08-64 „Eichendorffstraße - Gerhart-Hauptmann-Straße“ vom 28.08.1975 i.d.F. vom 19.11.1976 – rechtsverbindlich seit 05.06.1978 – durch Deckblatt Nr. 4 Vollzug des BauGB; Änderung des Bebauungsplanes Nr. 02-11/4 „Rennweg - Luitpoldstraße - Hofangerweg“ vom 26.11.1965 i.d.F. vom 17.12.1965 – rechtsverbindlich seit 12.03.1966 – durch Deckblatt Nr. 3; Vollzug des BauGB; Erstellung eines Einzelhandelsentwicklungskonzeptes als städtebauliches Konzept gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2018-158; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2018-120; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. T-2018-18; Kraftloserklärung einer verloren gegangenen Spararkunde;

Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung) vom 27.07.2018

Auf Grund der Art. 23, 24 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 der Gemeindeordnung für den Frei-staat Bayern (Gemeindeordnung – GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August.1998 (GVBl 1998, 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 2 Abs. 3 des Gesetzes vom 15. Mai 2018 (GVBl S. 260), erlässt die Stadt Landshut folgende

Satzung:

§ 1

Die Satzung über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung) vom 16.12.2016 (ABl S. 244), geändert durch Satzung vom 14.07.2017 (ABl S. 106), wird wie folgt geändert:

Das eine Anlage zu § 2 Abs. 2 der Straßenreinigungssatzung bildende Straßenverzeichnis wird wie nachstehend geändert:

Folgende Straßen werden neu in die Reinigungsklasse 1.2 aufgenommen:

Am Neukreut
Am Steinberg
Holzgasse
Englbergweg Stichstr. (215/13)
Grünlandstr. Stichstr. (1056/74)

§ 2

Diese Satzung tritt am 01.09.2018 in Kraft.

Landshut, den 27.07.2018
STADT LANDSHUT
Alexander Putz
Oberbürgermeister

8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können die Unterlagen unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.landshut.de/bauleitplaene>

Auf Verlangen wird jedermann über den Inhalt der vorgenannten Unterlagen Auskunft erteilt.

Mit dieser Bekanntmachung tritt das Deckblatt Nr. 3 vom 13.07.2018 i.d.F. vom 22.03.2018 zum Bebauungsplan Nr. 02-11/4 „Rennweg - Luitpoldstraße - Hofangerweg“ vom 26.11.1965 i.d.F. vom 17.12.1965 - rechtsverbindlich seit 12.03.1966 - in Kraft.

Gleichzeitig wird gem. § 215 Abs. 2 BauGB auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften, der Verletzung von Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und von Mängeln des Abwägungsvorganges sowie die Rechtsfolgen hingewiesen.

Es werden deshalb nachfolgend (S. 124, 125. dieses Amtsblattes) die §§ 214 und 215 Abs. 1 BauGB im Wortlaut bekanntgegeben.

STADT LANDSHUT
- Baureferat -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB;
Erstellung eines Einzelhandelsentwicklungskonzeptes als städtebauliches Konzept gem. § 1 Abs. 6
Nr. 11 BauGB
hier: Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung

Der Bausenat der Stadt Landshut in seiner Sitzung vom 22.06.2018 beschlossen, den Entwurf des

Einzelhandelsentwicklungskonzeptes

öffentlich auszulegen. Die Stadt Landshut legt daher den Entwurf des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes (Arbeitsstand 09.04.2018) in der Zeit vom

07.08.2018 bis einschl. 14.09.2018

aus.

Die Auslegung erfolgt beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.landshut.de/bauleitplaene>

Jedermann kann den Entwurf des Einzelhandelsentwicklungskonzeptes einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen. Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist vorgebracht werden.

STADT LANDSHUT
- Baureferat -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

§ 214

Beachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften über die Aufstellung des Flächennutzungsplans und der Satzungen; ergänzendes Verfahren

(1) Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzbuchs ist für die Rechtswirksamkeit des Flächennutzungsplans und der Satzungen nach diesem Gesetzbuch nur beachtlich, wenn

1. entgegen § 2 Abs. 3 die von der Planung berührten Belange, die der Gemeinde bekannt waren oder hätten bekannt sein müssen, in wesentlichen Punkten nicht zutreffend ermittelt oder bewertet worden sind und wenn der Mangel offensichtlich und auf das Ergebnis des Verfahrens von Einfluss gewesen ist;

2. die Vorschriften über die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach § 3 Absatz 2, § 4 Absatz 2, § 4a Absatz 3, Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 Satz 2, nach § 13 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3, auch in Verbindung mit § 13a Absatz 2 Nummer 1 und § 13b, nach § 22 Absatz 9 Satz 2, § 34 Absatz 6 Satz 1 sowie § 35 Absatz 6 Satz 5 verletzt worden sind; dabei ist unbeachtlich, wenn a) bei Anwendung der Vorschriften einzelne Personen, Behörden oder sonstige Träger öffentlicher Belange nicht beteiligt worden sind, die entsprechenden Belange jedoch unerheblich waren oder in der Entscheidung berücksichtigt worden sind, oder b) einzelne Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, gefehlt haben, oder c) [aufgehoben], oder d) bei Vorliegen eines wichtigen Grundes nach § 3 Absatz 2 Satz 1 nicht für die Dauer einer angemessenen längeren Frist ausgelegt worden ist und die Begründung für die Annahme des Nichtvorliegens eines wichtigen Grundes nachvollziehbar ist, oder e) bei Anwendung des § 4a Absatz 4 Satz 1 der Inhalt der Bekanntmachung und die auszulegenden Unterlagen zwar in das Internet eingestellt, aber nicht über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich sind, oder f) bei Anwendung des § 13 Absatz 3 Satz 2 die Angabe darüber, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird, unterlassen wurde, oder g) bei Anwendung